

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 18.06.2018

Von Carmela Negrete

19.06.2018

Repression und Solidarität

Veranstaltung im SO36 in Berlin: Vom Ende des spanischen Rechtsstaats



Demonstration in Barcelona für die Freilassung inhaftierter Politiker am 6. April 2018

Foto: Jordi Boixareu/ZUMA Wire/dpa

Wenn man dem neuen spanischen Außenminister Josep Borrell glauben darf, befindet sich Katalonien am Rande einer »zivilen Konfrontation«. Das klingt auf Spanisch so ähnlich wie Bürgerkrieg. Diesen Eindruck scheint Aitor Otaduy zu teilen. Der Sprecher der Partei Izquierda Castellana und des antifaschistischen Netzwerkes Madrid war am Donnerstag in

Berlin, um über »Repression in Spanien« zu berichten und sagte, es gehe bereits um einen Kampf um »Demokratie oder Faschismus«.

Eingeladen hatte die Aktivistengruppe »Solidaridad Antirrepresiva«, die nach eigenen Angaben seit einem Jahr in Berlin über das spanische »Regime von 1978« aufklärt. Diese Bezeichnung wird immer häufiger benutzt, um die fehlende Aufarbeitung der Diktatur im Land zu charakterisieren. 40 Jahre nach Francos Tod scheint vergessen, dass wichtige linke Organisationen wie die Kommunistische Partei oder die damalige Spanische Sozialistische Arbeiterpartei sich auf eine friedliche Lösung geeinigt hatten. Die damals per Referendum verabschiedete spanische Verfassung bezeichneten die Aktivisten als »Verlängerung des Franquismus«. Spanien sei in Europa das repressivste Land, »mit Ausnahme der Türkei vielleicht«.

Beispiele dafür seien die Prozesse wegen kritischer Kommentare, die über den Kurznachrichtendienst Twitter versendet wurden. Auch der Chef der andalusischen Arbeiterpartei, Óscar Reina, war deswegen am Mittwoch festgenommen worden. »Vielleicht wollten sie Druck ausüben, weil wir mehrere Anzeigen wegen der Situation der Erdbeerpflückerinnen gemacht hatten«, so Mari García, selbst Tagelöhnerin und Mitglied der (Andalusischen Arbeiterinnengewerkschaft) SAT, auf der Veranstaltung in Berlin. Zwei deutsche Journalistinnen hatten entdeckt, dass Migrantinnen aus den Maghreb sowie aus Südeuropa häufiger bei der Arbeit vergewaltigt werden.

Für García ist die Kriminalisierung von Protesten keineswegs neu, sie habe aber zugenommen. Die Strafen sollen die Menschen verängstigen. So im Falle der Urteile gegen die Gewerkschafter Fran Molero oder Andrés Bódalo, die zu fünf bzw. drei Jahren Haft verurteilt wurden. »Es gibt schwarze Listen«, versicherte sie. Beweise dafür gibt es nicht, allerdings erhielten Menschen Strafen für Aktionen, bei den sie gar nicht dabei waren.

In Baskenland hat der spanische Staat ein »Labor« für Repression geschaffen, so der Journalist Beñat Zarrabeitia. Der frühere Kampf gegen die ETA wurde ausgeweitet, obwohl es die Organisation nicht mehr gibt. Mehrere Prozesse müssten in diesen Zusammenhang noch vor dem Sondergericht Audiencia Nacional geführt werden. Der repressive Charakter der spanischen Behörden zeige sich darin, dass die Verhafteten der ETA in anderen Regionen Spaniens leben müssen und es in den letzten Jahren Tausende Anzeigen wegen Folter gegeben hat. Die Strategie der Justiz sei: »Alles ist ETA«.

Ein Skandal sei auch, dass es katalanische »politische Gefangene« und »Politiker im Exil« gebe. Das sagte der ehemalige Abgeordnete des katalanischen Parlaments David

Fernández i Ramos von der linksradikalen Kandidatur der Volkseinheit (CUP). Hunderte Beamte wurden entlassen, die katalanischen Botschaften geschlossen.

Zum Schluss der Veranstaltung lobte Raul Zelik vom Vorstand der Partei »Die Linke« die Selbstorganisation der andalusische Arbeitergewerkschaft und sprach auch eine Warnung aus: Was in Spanien geschehe, könne künftig in ganz Europa stattfinden.